



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Margit Wild, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

Russland: Nawalny freilassen – Polizeiwillkür beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die sofortige Freilassung des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny. Seine Inhaftierung ist Ausdruck staatlicher Willkür.

Er verurteilt scharf die brutale Polizeigewalt gegen Demonstranten und Journalisten im Zusammenhang der Nawalny-Proteste in Russland und ruft die russischen Behörden auf, all jene wieder freizulassen, die ihr Demonstrationsrecht in friedlicher Weise ausgeübt haben. Russland ist durch seine eigene Verfassung und durch internationale Verpflichtungen an das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und an den Schutz grundlegender Bürgerrechte gebunden.

Begründung:

Tausende Unterstützer des inhaftierten Oppositionellen Alexej Nawalny sind Ende Januar in mehr als 90 russischen Städten auf die Straße gegangen. Auch in Moskau und St. Petersburg gingen russische Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten mit brutaler Härte vor und schränkten Internet- und Telefonverbindungen ein. Nach Angaben von Bürgerrechtlern wurden mehr als 3 500 Menschen festgenommen. Grundlegende Menschenrechte würden von den russischen Behörden mit Füßen getreten, kritisiert die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Russland habe sich zur Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet, kritisierte Bundesaußenminister Heiko Maas, man erwarte, dass diejenigen, die friedlich protestiert hätten, unverzüglich wieder freigelassen würden.

Nach Medienberichten haben bereits zahlreiche Staaten, darunter Deutschland, die USA, Russland, die Nachbarstaaten Estland, Lettland und Litauen sowie EU-Politiker die sofortige Freilassung des Regimegegners Alexej Nawalny gefordert, der direkt nach seiner Ankunft in Moskau verhaftet und am 18.01.2021 in einem Eilprozess zu 30 Tagen Haft verurteilt worden ist.

Mehrere Urteile der vergangenen Jahre des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte haben frühere Verhaftungen Nawalnys für unverhältnismäßig und politisch motiviert erklärt. Bis heute hat es die russische Regierung abgelehnt, sich an der Aufklärung der Vergiftung Alexej Nawalnys im vergangenen Herbst zu beteiligen.